

SCHLEPPERBERICHT 2002

Anstieg gestoppt

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden wurde verstärkt. Der Anstieg der Zahl der illegalen Einwanderer nach Österreich konnte gestoppt werden.

Im Jahr 2002 wurden in Österreich 48.436 Menschen angehalten, die illegal eingereist waren, sich illegal im Bundesland aufgehalten hatten oder als Schlepper und Beitragstäter verdächtigt wurden. Dies entspricht einem leichten Rückgang um 223 Personen (- 0,46%) gegenüber dem Jahr davor.

"Erstmals ist es zu einem Rückgang bei der Zahl der aufgegriffenen Schlepper und Geschleppten gekommen, aber der Migrationsdruck auf Österreich ist auf konstant hohem Niveau", sagte Innenminister Dr. Ernst Strasser bei der Präsentation des Lageberichts 2002 über die organisierte Schlepperkriminalität am 10. März 2003 in Wien. Dieser Rückgang sei vor allem auf die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zurückzuführen.

Laut internationalen Schätzungen setzen Schlepperorganisationen pro Jahr ca. fünf Milliarden Euro um. Österreich weist mit fast 50.000 illegalen Einwanderern und rund 37.000 Asylwerbern die fünftgrößte absolute Zahl in der Europäischen Union auf. Verstärkte Ströme habe es im vergangenen Jahr aus Afghanistan und dem Kosovo gegeben. Ein verstärkter Druck sei von den Nachbarstaaten Tschechien, Slowakei und Ungarn zu verzeichnen, erläuterte Strasser. Österreich werde daher die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern weiter intensivieren und die Sicherheitspartnerschaften weiter ausbauen. Gemeinsame Ermittlerteams würden verstärkt, ebenso der rasche Informationsaustausch über Migrationsbewegungen sowie gemeinsame Lageberichte, um ein funktionierendes Frühwarnsystem zu schaffen.

Die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Aus- und Durchgangsländern von illegalen Migranten werde verstärkt, kündigte Strasser an. Das Netz der polizeilichen Verbindungsbeamten werde erweitert; demnächst werde ein Verbindungsbeamter des österreichischen Innenministeriums nach Bulgarien entsandt. Ein wichtiger Schritt sei die Harmonisierung der rechtlichen Grundlagen in den Beitrittsländern für die Schlepperbekämpfung. Der Minister verwies darauf, dass die derzeitige Schengengrenze auch nach der EU-Erweiterung in vollem Ausmaß aufrecht bleibe: "Österreich hat nach dem EU-Beitritt noch drei Jahre warten müssen, Finnland sechs Jahre. Ich denke, dass der Zeitrahmen nun ähnlich wie bei Finnland sein wird."

Maßnahmen haben gegriffen

Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Dr. Erik Buxbaum, wies darauf hin, dass die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gegriffen hätten. Major Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle im Bundeskriminalamt zur Bekämpfung der organisierten Schlepperkriminalität, berichtete, dass unter den festgenommenen Schleppern und Beitragstägern rumänische Staatsbürger an erster Stelle stünden, gefolgt von Tätern aus der Ukraine. Die Preise für die Schleppung in die Europäische Union bewegten sich zwischen 5.000 und 15.000 Euro. Je schneller und komfortabler, desto teurer würde die illegale Einreise. Schlepper der mittleren

und unteren Ebene würden zunehmend Grenzübertritte vermeiden; durch die enge länderübergreifende Zusammenarbeit seien in Ungarn 30 Prozent mehr Schlepper angehalten worden. Die Organisationen seien in verschiedenen Deliktsbereichen tätig, auch Scheinehen würden genützt. Tatzgern: "Was Geld bringt, wird gemacht."

Oberstleutnant Franz Lang, Bereichsleiter für Einsatz und Organisation der Sicherheitsexekutive, verwies auf die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der Schlepperbekämpfung, z. B. durch gemeinsame Büros, taktische Maßnahmen an den Grenzen oder Hospitationen, bei denen Know-how vermittelt wird.

Deliktsübergreifende Arbeitsweise

Laut Schlepperbericht 2002 sind die kriminellen Organisationen zunehmend deliktsübergreifend tätig. Sie heuern etwa Drogenabhängige als Schlepper an, und bezahlen sie mit Drogen. Illegale Einwanderer werden von den Organisationen auch als Kuriere für Falschgeld und Drogen eingesetzt.

11.525 der 48.436 aufgegriffenen Personen kamen über die "grüne Grenze" nach Österreich, 5.856 über die "blaue Grenze" und 22.061 über eine Grenzkontrollstelle oder eine Schengen-Binnengrenze. Bei 8.994 Personen konnte die Einreise nicht nachvollzogen werden.

Von der Bundesgendarmerie wurden 28.285 Personen angehalten bzw. festgenommen, vom Bundesheer 8.856, von der Bundespolizei 6.160, von der Zollwache 92. Von Deutschland wurden 1.602 illegal Eingereiste nach Österreich zurückgewiesen, von Italien 2.841, von der Schweiz 290, von Liechtenstein 24, von Ungarn 23, von der Tschechischen Republik 13, von Slowenien 3 und von der Slowakei 2.

Die Schlepperorganisationen nutzen vermehrt das Internet zur Informationsübermittlung über Schlepperrouten und "empfohlene" Verhaltensweisen gegenüber Grenzbediensteten. Auf russischen und ukrainischen, aber auch österreichischen Websites werden Informationen zu Schlepperrouten mit GPS-genauen Plänen und Bildern veröffentlicht.

Beweggründe für die Migration. 50 Prozent der in Österreich Angehaltenen gaben an, aus wirtschaftlichen Gründen illegal nach Österreich eingereist zu sein; 26 Prozent nannten persönliche Gründe wie Familienzusammenführung und 19 Prozent gaben an, politisch verfolgt zu sein oder aus Kriegsgebieten zu kommen. 23 Prozent der illegal Eingereisten nannten Österreich als Zielland, 12 Prozent Deutschland und 8 Prozent Italien. Nur ein Prozent gab an, in die USA oder Kanada weiterreisen zu wollen.

Mit Beginn des Jahres 2002 wurde die Bekämpfung der organisierten Schlepperkriminalität von der damaligen Staatspolizei – jetzt Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung – in das Bundeskriminalamt eingegliedert; auf regionaler Ebene wurde die Bekämpfung dieses Deliktsbereichs im Lauf des Jahres 2002 den kriminalpolizeilichen Organisationseinheiten übertragen, die personell aufgestockt wurden.